



Herrn  
Dr. Heinrich von Pierer  
Vorstandsvorsitzender der Siemens AG  
Wittelsbacherplatz 2  
80333 München

### Neubau des Europäischen Druckwasser-Reaktors / Verkauf der Hanauer Brennelementefabrik

Berlin, den 22.1.2004

Sehr geehrter Herr Dr. von Pierer,

aus den Medien war zu erfahren, dass Siemens als Teilhaber der Framatome Advanced Nuclear Power beabsichtigt, in Kürze einen Europäischen Druckwasser-Reaktor in Finnland und evtl. in Frankreich zu bauen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auf das Gespräch am 21.6.1993 zwischen dem damaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Dr. Franz, und Vertretern der IPPNW in München aus Anlass des damals geplanten "Siemens-Boykotts" zurückkommen.

Wir haben es als ein sachliches und sehr konstruktives Gespräch in Erinnerung.

Wir zitieren aus dem gemeinsamen Gesprächsprotokoll zum Punkt "Konsensgespräche":

*"Siemens wird das Ergebnis der Konsensbemühungen der Befürworter und Gegner der Atomenergie akzeptieren. Laute der Konsens auf Ausstieg, dann werde Siemens selbst keine weiteren Atomkraftwerke entwickeln. Denn ein Export von Atomkraftwerken sei unmöglich ohne Referenzanlage im Inland. Laute der Konsens auf Weiterführung der Atomenergienutzung, dann werde Siemens auf Bestellung liefern.*

*Jedoch gab es keine Festlegung in der Frage, ob bei einem Konsens auf Ausstieg Siemens die Neuentwicklung des ‚Europäischen Druckwasserreaktors‘ gemeinsam mit Framatome fortsetzen oder abbrechen wird (Dr. Franz: Siemens werde in einem solchen Fall ‚die Kooperation mit Framatome ordnen‘).*"

Es bleibt also festzustellen, dass Siemens inzwischen tatsächlich "die Kooperation geordnet" hat mit dem Ergebnis, zwar noch nicht in Deutschland, aber womöglich wenige Kilometer jenseits der deutsch-französischen Grenze und in Finnland den gewünschten EPR-Prototypen zu bauen.

Der Atomkonsens zur mittelfristigen Beendigung der Atomenergienutzung und für ein Neubauverbot ist Gesetz geworden. Weiterhin lehnt eine große Mehrheit der Deutschen einen Neubau von Atomkraftwerken ab. Ein Standort außerhalb der deutschen Grenze in Frankreich beispielsweise würde nicht viel an den Folgen eines möglichen Unfalles für die Bevölkerung in Deutschland ändern. Für solch einen "Wiedereinstieg durch die Hintertür" wird Siemens keine Zustimmung bei der Bevölkerung finden. Ihr jetziges Engagement widerspricht der seinerzeitigen Zusage, das Ergebnis der Konsensbemühungen zu akzeptieren. Siemens ist trotz seiner Rolle als Global Player ein deutsches Unternehmen.



Das findet auch seinen Ausdruck darin, daß Ihr Unternehmen in Deutschland eine Hermesbürgschaft für den finnischen Reaktor beantragt hat. Dies stieß bundesweit auf Unverständnis und Empörung und führte zu einer Rücknahme Ihres Antrages. Allerdings beantwortet dies nicht die Frage, warum Siemens sich ein nicht bestehendes Risiko von den deutschen Steuerzahlern absichern lassen möchte.

Erlauben Sie uns, noch einen weiteren Punkt aus dem Gesprächsprotokoll zum Thema "Export von Atomkraftwerken" zu zitieren:

*"Der Export von Atomkraftwerken in die Dritte Welt wird als Folge der politischen Unstabilität heute restriktiver gesehen als noch Anfang der 70er Jahre. Damals begann Siemens den Bau eines Atomkraftwerkes im Iran. Die dort folgende Entwicklung sei nicht absehbar gewesen."*

Die damalige Einschätzung des Siemens-Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Franz vor 10 Jahren hat sich leider bewahrheitet und verschärft. Ist nicht gerade dieses von Siemens begonnene Atomkraftwerk in Bushehr jetzt zu einem der Streitpunkte und möglichen Anlass für militärische Auseinandersetzungen zwischen den USA und dem Iran geworden? Da nicht voraussehbar ist, ob irgendein Land mit Atomkraftwerken irgendwann "unstabil" sein wird, liegt dann nicht die Schlussfolgerung nahe, der Bau von Atomkraftwerken sei generell nicht zu verantworten? Zum einen, weil jedes Atomkraftwerk zur Herstellung von Atombomben benutzt werden kann, zum anderen, weil jedes Atomkraftwerk ein Ziel für Terrorangriffe mit unabsehbaren Folgen darstellt. Nukleare Katastrophen gezielt zu erzeugen, ist eine denkbare Handlungsoption von Terror-Netzwerken.

In diesem Zusammenhang stehen wir mit absolutem Unverständnis Ihrer Entscheidung gegenüber, die Hanauer Brennelementefabrik an China zu verkaufen. Es steht außer Zweifel, daß diese Anlage eine „dual use“-Problematik beinhaltet. Niemand wird ernsthaft annehmen, eine etwaige Erklärung der chinesischen Regierung Ihnen oder der Bundesregierung gegenüber, diese Fabrik nicht zu militärischen Zwecken zu gebrauchen, habe irgendwelche Konsequenzen. Ist für Sie die Entwicklung in China jetzt besser absehbar als die damalige im Iran? Können Sie eine künftige Nutzung zur Herstellung von Atomwaffen ausschließen?

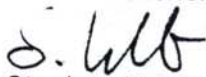
In China scheint die Absicht zu bestehen, die „Schnelle-Brüter“-Technik zu nutzen. Ihre Anlage wäre dabei ein wichtiger Baustein. Aus verschiedenen Gründen halten wir diese Technik aber für fatal, nicht zuletzt, weil sie wiederum den leichten Zugang zu Atomwaffenmaterial ermöglicht.

Warum will Siemens China nicht beim Aufbau einer künftigen modernen Energieversorgung auf Grundlage der Erneuerbaren Energien unterstützen? Die IPPNW würde es sehr begrüßen, wenn Ihr Unternehmen versuchen würde, die in Ihrem Haus vorhandene moderne Technik für Erneuerbare Energien nach China zu liefern statt Atomanlagen.

Die IPPNW wird im kommenden Mai in Berlin einen europäischen Kongress zu dem Thema "Atomwaffen und Atomenergie in einer instabilen Welt – Analysen und Auswege" veranstalten. Die Einstellung Ihres Unternehmens, der Energieversorger und der Politik wird dabei diskutiert werden.

Wir wären Ihnen dankbar, wegen der Aktualität der Fragen von Ihnen möglichst bald eine Antwort zu erhalten. Wir werden diese dann – falls Sie keine Einwände haben – auf unserer Kongress-Website [www.atomkongress.de](http://www.atomkongress.de) zur Kenntnis geben.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Kolb

Vorsitzender der IPPNW



Dr. Angelika Claußen

stellv. Vorsitzende der IPPNW



Dr. Jürgen Hölzinger

AK Siemens- Ausstiegshilfe